

Hausaufgaben für die Politik

VBE veröffentlicht aktuelle Umfrage zu Problemen an Schulen

Umsetzung von Inklusion und Integration, Schulbau und Ausstattung, Lehrermangel und Arbeitsbelastung – befragt nach den größten Problemen an ihren Schulen sind sich die Lehrkräfte bundesweit einig. Dies verdeutlicht die vom VBE in Auftrag gegebene forsa-Umfrage, welche anlässlich der Präsidentschaftsübergabe der Kultusministerkonferenz (KMK) am 30. Januar 2017 veröffentlicht wurde. Der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, kritisierte insbesondere die von der Politik provozierte Kluft zwischen Theorie und Praxis: „Die Politik formuliert hohe Anforderungen an die Schule, lässt sie aber bei der Umsetzung im Regen stehen. Das ist ein Lehrstück für Demotivation.“



Insgesamt wurden 1.951 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen mit einer offenen Frage nach den größten Problemen an ihrer Schule befragt. Ein Drittel sieht die Umsetzung von Inklusion und Integration als Problem, ein Viertel den Lehrermangel, 15 Prozent den Zustand des Schulgebäudes und 13 Prozent die Ausstattung. Auch die Zusammenarbeit mit den Behörden geben 14 Prozent als Problem an. Genauso vielen Lehrkräften macht die Arbeitsbelastung und der Zeitmangel zu schaffen.

Udo Beckmann und Gerhard Brand, Landesvorsitzender des VBE Baden-Württemberg, trafen die nun amtierende Präsidentin der KMK, Dr. Susanne Eisenmann, die Kultusministerin in Baden-Württemberg ist, in Berlin und übergaben ihr die Umfrageergebnisse als „Hausaufgaben für die Politik“. Beckmann bekräftigte, sich auf die Zusammenarbeit zu freuen, machte aber auch deutlich: „Wir erwarten, dass die neue Präsidentin die aufgezeigten Probleme beherzt angeht und den Lehrkräften den Rücken stärkt.“

Keine Einigung im Tarifstreit – Streiks drohen



VBE-Delegation – von links Helmut Pastrik, Bernd Fröhlich, Michael Blanck, Jutta Endrusch

Nach der Vorstellung der Forderungen der Gewerkschaften dbb und verdi in der 1. Tarifverhandlungsrunde am 18. Januar 2017 und der wenig zugänglichen Erwiderung der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), diese seien „überzogen“, konnte auch in der 2. Verhandlungsrunde am 30. und 31.01.2017 keine Einigung erreicht werden. Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, kommentiert: „Lehrkräfte zeigen tagtäglich ihr hohes Engagement. Obwohl ihnen immer mehr Aufgaben zugemutet werden, wird nun hart darum gestritten, ob und inwieweit die sprudelnden Steuereinnahmen auch in eine Erhöhung ihrer Löhne investiert wird. Die Politik sollte sich dringend darum bemühen, Wertschätzung auch monetär auszudrücken, um den Lehrerberuf attraktiv zu halten.“

Die Gewerkschaften fordern eine lineare Erhöhung von 6 Prozent inklusive einer sozialen Komponente und der Einführung der Stufe 6. Diese wurde im letzten Jahr für die Bundesangestellten eingeführt. Damit ergibt sich eine gute Verhandlungsposition für die Umsetzung auch für die Tarifangestellten der Länder. Insbesondere der dbb setzte sich darüber hinaus auch für die Weiterentwicklung der Entgeltordnung Lehrkräfte ein. Nach den bisher ergebnislosen Verhandlungen wurden Warnstreiks und Protestaktionen im Vorfeld der 3. Verhandlungsrunde am 16. Februar 2017 angekündigt.



Merkel und de Maizière stehen für Schutz der Beschäftigten ein

Auf der dbb-Jahrestagung, die vom 8. bis 10. Januar 2017 in Köln stattfand, wurde deutlich, dass das Thema „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ im Fokus der Politik angekommen ist. Die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, dankte zu Beginn ihrer Rede allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst für ihren täglichen Einsatz und nannte hier dezidiert auch Lehrkräfte. Sie machte deutlich, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigt werden muss. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst würden in ihrem Alltag immer öfter Bedrohungen erleben, dies müsse entsprechend geahndet werden. Der dbb-Vorsitzende, Klaus Dauderstädt, führte die vermehrten Angriffe unter anderem auf die Anspruchshaltung der Bürgerinnen und Bürger zurück. Demnach sei Gewalt „zu Aktion gewordene Wut“. Er lobt die Initiativen des VBE und des BLLV in dieser Frage. Die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, machte deutlich, dass die Ideologie des schlanken Staates überholt sei und es vielmehr einen handlungsfähigen Staat brauche. Hierfür müsse auch der Schutz der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sichergestellt werden. Aus diesem Grund hat sie die Gesetzesinitiative zur Strafverschärfung im Dezember 2016 in den Bundesrat eingebracht.



Der Bundesinnenminister, Thomas de Maizière, setzte sich auch für die konsequente Ahndung von Angriffen ein. Diese Position hatte er bereits auf der gemeinsamen Tagung des dbb und des Bundesinnenministeriums „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ im April letzten Jahres vertreten. Da hier offensichtlich wurde, dass keine Zahlen zu Angriffen gegen Lehrkräfte vorliegen, entschied sich der VBE, forscha damit zu beauftragen, eine repräsentative Umfrage hierzu durchzuführen. Die Studie wurde im November 2016 veröffentlicht und machte öffentlich, dass an über der Hälfte der Schulen psychische Gewalt gegen Lehrkräfte vorkommt und 6 Prozent der Lehrkräfte, das sind deutschlandweit 45.000, bereits selbst körperliche Gewalt erlebt haben.

Trinationales Gewerkschaftstreffen in Wien – Synergien nutzen!

Die Herausforderung für Schule? Inklusion, Integration, Digitalisierung. Die Lehrkräfte? Engagiert, aber durch die Politik im Stich gelassen. Probleme, die durch die schlechte Ausstattung im Arbeitsumfeld provoziert werden, werden zu Privatproblemen gemacht. Und die Politik? Stellt immer neue Herausforderungen, aber verweigert Gelingensbedingungen. Bei dieser Aufstellung denkt man schnell an eine Zusammenfassung der Situation in Deutschland. Dass aber auch unsere Nachbarn, Österreich und die Schweiz, mit diesen Herausforderungen kämpfen, wurde bei dem diesjährigen Trinationalen Treffen wieder deutlich. Dieses fand am 26. und 27. Januar 2017 in Wien statt.



Vertreterinnen und Vertreter der einladenden Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes Österreich (GÖD), des Dachverbandes Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) und des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) kamen dafür zusammen. Ein Highlight war das Treffen mit dem Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Österreichs, Sebastian Kurz. Er empfing die trinationale Delegation in seinem Ministerium. Nachdenklich machten seine Ausführungen zu den Herausforderungen, die durch die hohe Zuwanderung entstünden.

Der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, erklärte: „Das Trinationale Treffen hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig der Austausch zwischen den Ländern ist. Bei der Umsetzung der Großprojekte Inklusion, Integration und Digitalisierung stoßen wir auf ähnliche Herausforderungen. Da ist es interessant, welche Strategien die Gewerkschaften entwickeln, um sich in den politischen Diskurs einzubringen und die Interessen der Lehrkräfte öffentlichkeitswirksam zu vertreten. Hier sehen wir auch ein großes Potenzial, die Synergie unserer gewerkschaftlichen Arbeit noch besser zu nutzen.“

VBE fordert Aufnahme der Aufhebung des Kooperationsverbots in SPD-Wahlkampfpapier

Die SPD hat ein erstes Impulspapier als Vorstufe eines Wahlprogramms vorgestellt. Vertreterinnen und Vertreter aus Bildung, Wissenschaft und Forschung waren im Januar 2017 dazu eingeladen, in einer Gesprächsrunde hierzu Rückmeldung zu geben. Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, machte vor allem deutlich, dass die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs noch nicht ausreicht. Das Kooperationsverbot müsse für den Bildungsbereich aufgehoben werden. In der von Hubertus Heil, MdB und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag, geleiteten Diskussionsrunde meldete sich auch ein Vertreter des Städte- und Gemeindebundes zu Wort. Dieser sprach sich ebenfalls für die Aufhebung aus.



VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE